



Für eine liberale und nachhaltige Marktwirtschaft

Der heutige Tag der Wirtschaft von economiesuisse in Basel stand ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit. Präsident Christoph Mäder propagierte vor führenden Köpfen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft ein umfassendes Verständnis von Nachhaltigkeit im ökonomischen, sozialen und ökologischen Sinne. Er rief dazu auf, die Wirtschaft in der nachhaltigen Entwicklung als konstruktive und innovative Kraft zu positionieren. Wirtschaftsexpertin Beatrice Weder di Mauro zeigte auf, warum Preissignale wichtig sind und Trendforscher David Bosshart appellierte an die Verantwortung der reichen Länder.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit werde unser wirtschaftliches und politisches Handeln künftig noch stärker prägen, ja prägen müssen, mahnte economiesuisse-Präsident Christoph Mäder in seiner Ansprache vor rund 300 Gästen am diesjährigen Tag der Wirtschaft in Basel. Das gelte für die Bundesfinanzen genauso wie für die Altersvorsorge oder für die Klimapolitik. Deshalb engagiere sich economiesuisse für eine liberale und nachhaltige Marktwirtschaft, die ökonomische, soziale und ökologische Ziele ganzheitlich berücksichtige.

«Die liberale und nachhaltige Marktwirtschaft stellt den freien, selbstbestimmten Menschen ins Zentrum», betonte Mäder. Sie setze primär auf Eigenverantwortung und Innovation und erst subsidiär auf Regulierung und den Staat. Sie solle die Wettbewerbsfähigkeit verbessern, die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und damit auch den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Zukunft ermöglichen.

Nachhaltige Entwicklung als Grundlage der Wohlfahrt

Das Prinzip der Nachhaltigkeit stamme aus der Wirtschaft, erklärte Christoph Mäder, und habe im heutigen Verständnis immer drei Dimensionen: die ökonomische, die soziale und die ökologische. Echte Nachhaltigkeit gebe es nur unter Berücksichtigung aller drei Dimensionen. «Diese bilden zusammen die Grundlage für das materielle, soziale und kulturelle Wohlergehen unserer Gesellschaft. Eine Politik, die einseitig auf ökologische Nachhaltigkeit fokussiert und die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen vernachlässige, ist nicht nachhaltig, kann nicht nachhaltig sein», sagte Mäder.

Als Beispiel für die Bedeutung aller drei Dimensionen der Nachhaltigkeit nannte Mäder die Zukunft unserer Stromversorgung. Die Dekarbonisierung des Verkehrs und der Heizungen sei mit Blick auf die ökologische Nachhaltigkeit notwendig. Aber wenn die Politik eine zunehmende Verknappung des Stroms in Kauf nehme, sei das weder ökonomisch noch sozial nachhaltig.

Externe Effekte in die Preise von Gütern einbeziehen

Ökonomin und Wirtschaftsexpertin **Beatrice Weder di Mauro**, Präsidentin des Centre for Economic Policy Research, nahm in ihrem Keynote-Referat Bezug auf den Tagungstitel «Kann denn Wachstum Sünde sein?»: Wirtschaftswachstum sei aus ökonomischer Sicht nicht nachhaltig, wenn die Preise falsch seien, sagte sie und schlug damit den Bogen zu den externen Effekten und zum Klimawandel als konkretem Beispiel dafür. Wenn es um Verknappung von Gemeinschaftsgütern wie das globale CO₂-Budget gehe, müsse dies in die Preise für Güter und Dienstleistungen einfließen – am besten in Form von Lenkungsabgaben.

Weniger effizient, aber in der Politik beliebter sei der Weg über Regulierungen und Subventionen. So sei es offensichtlich schwieriger, die Preise fürs Autofahren anzuheben als das Bahnfahren zu subventionieren. Das löse aber das Problem nicht. Hier stehe die Weltgemeinschaft vor einer grossen Aufgabe, sagte Weder di Mauro. Es sei klar, dass es massive staatliche und global koordinierte Aktionen brauchen werde.

Reiche Nationen stehen in der Verantwortung

Der globale Kampf um Ressourcen werde sich verschärfen, ist auch Trendforscher **David Bosshart**, Präsident der G. und A. Duttweiler-Stiftung, überzeugt. Wir würden auf eine konfliktreichere Welt zugehen und die grosse Frage sei, mit welchen organisatorischen Vorkehrungen wir diese Herausforderungen angehen werden? Für ihn stehe selbstverständlich der freie Markt im Vordergrund. Zusätzlich müssten aber externe Effekte ausreichend berücksichtigt werden – zum Beispiel beim Klimaschutz.

Hier seien die reichen Nationen klar in der Verantwortung, denn sie seien auch verantwortlich für den grössten Teil des globalen Ausstosses von Treibhausgasen.

Nachhaltige Finanzierung: Chancen und Risiken

In der anschliessenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Urs Gredig (Fernsehen SRF) diskutierten **Dorothee Baumann-Pauly**, Direktorin des Centre for

Business and Human Rights an der Universität Genf, **Barbara Kux**, Multiple Verwaltungsrätin, **Gnanli Landrou**, CEO und Mitgründer Oxara, und **Philipp Rickenbacher**, CEO Julius Bär Gruppe AG, die Chancen und Risiken von nachhaltiger Finanzierung für die Realwirtschaft.

Die Grussbotschaft der Landesregierung überbrachte Bundesrat Ignazio Cassis, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten.